

# Pressemitteilung Deutsche Gesellschaft e.V.



## **Stellungnahme zur Anhörung im Deutschen Bundestag am 25.01.2017**

Nr. 1

Berlin,  
25.01.2017

Die Deutsche Gesellschaft e. V. begrüßt, dass der Deutsche Bundestag an der Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals unbeirrt festhalten will. Damit unterstreicht das Parlament seine Entschlossenheit, dem Freiheits- und Einheitswillen, manifestiert in der Revolution von 1989 in der DDR, sichtbaren Ausdruck zu verleihen und im kollektiven Gedächtnis der Deutschen zu verankern.

Die Deutsche Gesellschaft e. V. kann und will im Detail nicht entscheiden, sie versteht sich als Trägerin einer Idee und nicht als Vollzugsorgan. Sie hofft aber, dass unter ihrer Mitwirkung – wie im Beschluss des Bundestages von 2008 festgehalten – im Einvernehmen mit dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung das Projekt eines Freiheits- und Einheitsdenkmals realisiert wird.

In diesem Zusammenhang legt die Deutsche Gesellschaft e. V. Wert auf die Feststellung, dass für sie ausschließlich der Vorstand und in seinem Auftrag der Vorstandsbevollmächtigte fungieren.

Dr. Andreas H. Apelt  
Bevollmächtigter des Vorstandes der Deutschen Gesellschaft e. V.